



Mängel bei der Feuerwache Barmen.

■ Die GRÜNE Landespolitikerin Monika Düker informierte sich vor Ort

Auf Einladung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN konnte sich die innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag NRW, Monika Düker, am 07.05.01 ein Bild von dem schlechten Zustand der Feuerwache Barmen machen.

Kürzlich wurde der Antrag der Stadt Wuppertal auf Landeszuschüsse für den Neubau der Rettungswache Ost vom Regierungspräsidenten nur auf Platz 8 gesetzt und ist damit weit weg von der Chance auf schnelle Umsetzung. Das bedeutet, dass der unbedingt notwendige Neubau der Rettungswache in weite Ferne gerückt ist.

Unter fachkundiger Führung des Stadtbetriebsleiters der Feuerwehr, Herrn Blätte, konnten sich die GRÜNEN ein aktuelles Bild der Rettungswache machen.

Neben Wasserschäden, die sich durch fast jeden Raum ziehen und völlig unzureichende sanitäre Anlagen sowie eine rudimentäre Ausstattung der Ruheräume, die von jeder Jugendherberge in den Schatten gestellt werden, ist besonders die völlig unzureichende Unterbringung der Technik besorgniserregend. Die Rettungswagen müssen z.B. in Millimeterarbeit manövrieren, um aus der Garage zu gelangen. Bei einem Rettungseinsatz, in dem es auf jede Sekunde ankommt, sind das unhygienische Zustände. Brandschutzaufgaben können aus bautechnischen Gründen nicht erfolgen, so dass die Feuerwehrleute einer akuten Gesundheitsgefährdung ausgesetzt sind.

MdL Monika Düker fand vor allem die technischen Mängel gravierend. Sie informierte die GRÜNE Fraktion, dass auf Landesebene die Diskussion um eine Pauschalierung der Mittel kurz vor dem Abschluss steht. Das bedeutet für Wuppertal, dass möglicherweise schon 2001 eine jährliche Summe für Renovierung oder Neubau von Feuerwachen nach einem festgelegten Schlüssel zur Verfügung gestellt werden, um den Kommunen die längerfristige Planung zu erleichtern.

Millimeterarbeit beim Ausrücken kostet Zeit

Schulentwicklungsplan - Entscheidungen gefordert!

■ Interkulturelle Bildung und sprachliche Förderung

Der von der Verwaltung vorgelegte Maßnahmenkatalog zur Schulentwicklungsplanung 2000-2010 zeigt für die nächsten Jahre deutlich sinkende SchülerInnenzahlen bei den Grundschulen, vor allem in den Stadtteilen Ronsdorf, Cronenberg und Uellendahl-Katernberg.

In den Innenstadtbereichen, in denen ein hoher Anteil ausländischer Familien lebt, bleiben die Zahlen relativ konstant, in Barmen-Mitte ist sogar ein Anstieg zu verzeichnen. Eine Änderung der bestehenden Schulbezirksgrenzen ist vor allem in den Randlagen unbedingt notwendig, um eine gleichmäßige Auslastung der bestehenden Grundschulen

zu erreichen. Wenn sich daraus ergibt, dass ein Standort verzichtbar wird, muss eine Entscheidung getroffen werden. Auch konfessionelle Grundschulen dürfen von diesen Überlegungen nicht ausgeschlossen werden. Die wohnortnahe Grundschule mit sicherem Schulweg muss gewährleistet bleiben. Die vorgeschlagene Schließung der Hauptschule Simonstraße halten wir für falsch. Diese Schule, in der fast ausschließlich ausländische Kinder unterrichtet werden, erfüllt neben ihrer Aufgabe als Pflichtschule in der Sekundarstufe I eine besondere Arbeit im Stadtteil Arrenberg. Die nahe gelegene katholische Hauptschule an der Bundesallee wird wohl kaum diese ausländischen SchülerInnen alle aufnehmen. Wäre es keine konfessionelle Schule, könnte sicherlich über eine Zusammenlegung nachgedacht werden.

Die qualitativen Aspekte der Schulentwicklungsplanung, die erst in einem zweiten Schritt behandelt werden sollen, gehören für uns untrennbar dazu, wenn es um die Aufgabe von Standorten geht.

Auch muss sichergestellt werden, dass die Einnahmen, die durch Auflösung von Schulen durch Veräußerungen von Gebäuden und Grundstücken erzielt werden, unmittelbar für die Sanierung und Ausstattung von Schulen zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht sein, dass diese Einnahmen im allgemeinen Haushaltsloch verschwinden! Ein besonderer Schwerpunkt der Schulentwicklungsplanung muss nach unserer Meinung die interkulturelle Bildung mit einem umfassenden Konzept zur sprachlichen Förderung sein. Im Schulausschuss am 20.06. werden erste Entscheidungen getroffen.

AUS DEM INHALT

Schulbiblis brauchen Personal S. 2

Staffellauf für Klimaschutz S. 2

Die Zukunft der GWG S. 3

Wuppertaler Aufruf gegen Flächenfraß S. 4

Guten Tag!

Liebe LeserInnen, auch wenn einige von uns schon in Urlaubsstimmung sind, werden in den nächsten Wochen richtungsweisende Entscheidungen in Wuppertal getroffen werden. CDU und FDP wollen die GWG verkaufen und die Kliniken teilweise privatisieren; wer weiß, welche städtischen Töchter noch unter den Hammer sollen. Die Zukunft der Bäder steht ebenfalls zur Diskussion.

Die Ratssitzung am 2. Juli wird eine der wichtigsten in der Geschichte Wuppertals; einige Aspekte werden wir Ihnen in dieser Ausgabe von DIESE GRÜNEN näher bringen. Dann wünschen wir noch Holk Freytag alles Gute an seiner neuen Wirkungsstätte als Intendant des Schauspiels in Dresden und unseren Wuppertaler Bühnen ebenso. Ansonsten regen wir, wie immer um diese Jahreszeit, an: tanken Sie ordentlich Sonne und wenig Benzin, um Ihren Beitrag gegen hohe Sommerzonwerte zu leisten und erholen Sie sich gut.

Kostenlos

Abo?

Einfach anrufen:

Tel.: 563 6204

fraktion@gruene-wuppertal.de

„Diese GRÜNEN“ kommt!

KURZ & klein

Verantwortliche

UnternehmerInnen

Wuppertaler UnternehmerInnen gestalten die Zukunft und sichern die Lebenschancen künftiger Generationen. Unter diesem Motto trafen sich Wuppertaler UnternehmerInnen der "Wuppertaler Umweltinitiative" am 10.5.01 in der Stadthalle. Die ca. 30 Mitglieder Wuppertaler Umweltinitiativen wollen Konzepte für ökonomisches, ökologisches und soziales Wirtschaften entwickeln. Ziel ist eine "Ökonomie der Nachhaltigkeit". Das heißt, die Bedürfnisse der heutigen Generation sollen befriedigt werden, ohne die Lebenschancen künftiger Generationen zu gefährden. Das Projekt, das aus der lokalen Agenda 21 heraus entstanden ist, soll neue Impulse für den Umweltschutz vorgeben. Das Zauberwort heißt integrierte Produktpolitik. Nicht nur während der Produktion, sondern während der gesamten Lebensdauer eines Produkts oder einer Dienstleistung soll der Umweltschutz berücksichtigt werden. Im neuen Netzwerk wollen die großen Betriebe ihre Erfahrungen an die kleinen Firmen weitergeben. Aber auch umgekehrt könnte der Austausch positiv sein. Nur nachhaltig wirtschaftende Betriebe haben eine Zukunft, meinen die Initiatoren. Sie wollen auch ihre MitarbeiterInnen qualifizieren und Wuppertal zur Stadt lebenslangen Lernens machen.

ZwangsarbeiterInnen abgewiesen

Trotz großer persönlicher Bedenken und gemischter Gefühle folgten ehemalige ZwangsarbeiterInnen einer Einladung des Oberbürgermeisters zum Besuch unserer Stadt. Sie zeigten sich überrascht von der Aufgeschlossenheit und Freundlichkeit der Wuppertaler Bevölkerung. Einige der hochbetagten Gäste nutzten die Möglichkeit, die Stätten ihrer Qual in einigen Wuppertaler Firmen zu besichtigen. Hier allerdings mußten sie in einem Fall eine Zurückweisung erleben: Wie sich herausstellte, lehnte die Firma Dupont unter der Begründung der Nichtzuständigkeit in Bezug der Rechtsnachfolge eine Besichtigung der früheren Räume von IG Farben ab. Wir sehen darin eine Untergrabung der Bemühungen um Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Dritten Reich. Dieses Verhalten ruft Unverständnis und Abscheu hervor. Neben der Missachtung menschlicher Schicksale wird der Wirtschaftsstandort Wuppertal gefährdet, weil sich ausländische Firmen und Investoren vor solch "typisch deutscher Gründlichkeit" abwenden und ihre Standorte zukünftig andernorts wählen werden. Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erwartet für die Zukunft einen sensibleren Umgang mit unserer deutschen Vergangenheit. Auch und gerade von führenden deutschen Wirtschaftsunternehmen!

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (v.l.s.d.P.)
Petra Bill, Bettina Brucher, Petra Lückerauth,
Klaus Lüdemann, Peter Menke, Sylvia Meyer (Redaktion),
Jost Schneider, Ursel Simon, Peter Vorsteher

Gastbeiträge:
Peter Hennicke, Wuppertal Institut
Harald Bayer, Umweltdezernent

Interviewpartner:
Reiner Dahlhaus, Schulleiter Gesamtschule Langerfeld

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH, Tannenbergstr. 35,
42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 37 280

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße, Theater an der Gathe;
Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein,
Bahnhof Unterbarmer; Cinema, Berliner Straße;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz;
Lebensbaum, Sophienstraße; ASTA, Berg-Universität; BUND,
Völklinger Straße 3 a.

Die Abgabe ist kostenlos!

GRÜNE Postkartenaktion erfolgreich

■ Keine Öffnung der Luisenstraße für den Autoverkehr

Jedes Jahr wieder ein Publikumsmagnet: das Luisenfest

Das Luisenfest hat es wieder mal gezeigt: Menschen auf den Straßen statt Autos, eine Straße wird zur Laniermeile. Bei Superwetter war von morgens bis abends Stimmung.

Für GRÜNE vor Ort ergaben sich viele Gelegenheiten für angeregte Diskussionen zum brisanten Thema Öffnung der Luisenstraße. Außerdem wurden Aktionspostkarten verteilt, mit denen die Bürgerinnen und Bürger direkt ihren Protest gegen diesen Beschluss der

CDU/FDP-Mehrheit niederschreiben konnten. Die Aktion wird unterstützt von der I.G. Luisenstraße. Vielleicht haben einige WuppertalerInnen das Luisenfest verpasst, möchten aber gern Aktionspostkarten erhalten?

Kein Problem: sie können in Läden und Kneipen der Luisenstraße bezogen werden. In der Fraktionsgeschäftsstelle der GRÜNEN oder im Büro des Kreisverbandes gibt es ebenfalls noch Restbestände. Also schnell zugreifen.

Schulbibliotheken brauchen Personal

■ Eine halbe Millionen soll eingespart werden

Nachdem der Rat der Stadt sich 1999 für die Ausstattung der Schulbibliotheken der verschiedenen Schulen mit städtischem Fachpersonal ausgesprochen hatte, plant die Leitung des Stadtbetriebes Stadtbibliothek durch Abzug der BibliothekarInnen und BibliothekassistentInnen insgesamt DM 450.000.— einzusparen.

Wie das ohne betriebsbedingte Kündigungen, die ja ausgeschlossen sind, gehen soll, bleibt ein Rätsel. Für DIESE GRÜNEN sprach Jost Schneider, Mitglied der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg, mit Rainer Dahlhaus, dem Leiter der Gesamtschule Langerfeld und Sprecher des Arbeitskreises Schulbibliotheken. DIESE GRÜNEN: Welche Bedeutung

hat die Schulbibliothek in der schulischen Arbeit?

RAINER DAHLHAUS: Die neuen Richtlinien schreiben als zentrales Ziel die Befähigung zu selbständigem und lebenslangen Lernen vor. Mit Fachpersonal ausgestattete Schulbibliotheken können dies hervorragend unterstützen und die Verbindung von herkömmlichen Medien wie Büchern und den neuen Medien wie dem Internet herstellen. SchülerInnen, die Bücher lesen, sind die künftigen KundInnen der Stadtebibliotheken.

DIESE GRÜNEN: Durch die Diskussionen über die Qualität der schulischen Arbeit zieht sich wie ein roter Faden der Begriff der Schlüsselqualifikation. Was können Schulbibliotheken dazu beitragen?

RAINER DAHLHAUS: Durch die erreichbare und sinnliche Nähe von Büchern können auch Kinder, die zu Hause wenig oder gar keinen Kontakt zu Büchern haben, in die Lage versetzt

werden, sich selbständig Informationen zu erarbeiten – eine wichtige Voraussetzung für das von vielen geforderte lebenslange Lernen.

DIESE GRÜNEN: Ist es denkbar, die Schulbibliotheken selbständig mit LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen zu betreiben?

RAINER DAHLHAUS: Dem Ratsbeschluss von 1999 ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Die Lehrerstellen sind knapp und für den Unterricht vorbehalten. Eventuell bietet die Teilnahme am Versuch "Selbständige Schule", an dem die Stadt Wuppertal massives Interesse hat, die Möglichkeit, eine Vereinbarung zwischen Schule und Schulträger zu treffen, die die weitere uneingeschränkte Ausstattung der Schulbibliotheken mit städtischem Fachpersonal garantiert.

DIESE GRÜNEN: Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen uns allen viel Erfolg beim Kampf für den Erhalt der Schulbibliotheken.

Gastbeitrag:

Staffellauf für Klimaschutz

von Harald Bayer (Beigeordneter für Umwelt, Grünflächen und Geodaten der Stadt Wuppertal)

Mit dem bevorstehenden Klimagipfel verbindet sich die Hoffnung, dass die neue US-Regierung wieder an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

Am 16. Juli 2002 wird in Bonn die internationale UN-Klimaschutzkonferenz fortgesetzt, die zuletzt in Den Haag im November 2000 an der Weigerung einiger Industrieländer wie den USA, Kanada, Russland und Australien scheiterte, konkrete CO₂-Reduktions-

maßnahmen vorrangig im eigenen Land umzusetzen. Alle, die die drohenden Klimaveränderungen ernst nehmen, hoffen, dass die Fortsetzungskonferenz in Bonn einen Durchbruch für den Klimaschutz bringen wird, denn der ist bitter nötig!

Die Risiken der Klimaveränderungen sind unverändert hoch. Selbst bei sofortigem Stopp aller Emissionen würde sich die Aufheizung der Atmosphäre und der Meeresspiegelanstieg noch über Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte fortsetzen.

Wir dürfen daher nicht abwarten, bis

die gravierenden Auswirkungen der Klimaveränderungen tatsächlich eingetreten sind. Um den öffentlichen Druck auf die Verhandlungspartner zu erhöhen, beteiligen sich etwa 25 Städte des "Klima-Bündnisses" an einer spektakulären und medienwirksamen Aktion, einem Klimaschutz-Staffellauf über rund 300 km Länge mit Start in Dorsten und Ziel in Bonn.

Die StaffelläuferInnen werden nach dem bisherigen Zeitplan am Montag, dem 25. Juni, um 14.00 Uhr an der Ortsgrenze zu Velbert-Neviges eintreffen und dort das Staffellorenz an die Wup-

pertaler LäuferInnen übergeben. Am Nachmittag wird eine Klimaschutz-Urkunde im Rathaus unterzeichnet. Am Dienstag, dem 26. Juni, starten die LäuferInnen um 09.00 Uhr am Rathaus und übergeben den Staffellorenz gegen 10.20 Uhr den Remscheid Teilnehmern.

Weitere Auskünfte erteilt die städtische Klimaschutzbeauftragte, Cordula Brendel, unter der Rufnummer 563-5478. Ich freue mich auf eine erfolgreiche Aktion für den Klimaschutz! Herzlichst Ihr Harald Bayer

Zukunft der GWG

■ GRÜNE Veranstaltung zur Wohnungsbaugesellschaft

Die von ca. 100 interessierten WuppertalerInnen besuchte Veranstaltung der GRÜNEN Ratsfraktion am 10. Mai in der Zentralbibliothek gewann eine hochaktuelle Brisanz durch den Umstand, dass wenige Tage zuvor acht teils sehr prominente Wuppertaler inhaftiert wurden.

Anlass: Verdacht auf Untreue und Bestechlichkeit. 1998 berichtete das Rechnungsprüfungsamt erstmals über die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft GWG im Zusammenhang mit Ankäufen von Immobilien zu völlig überhöhten Preisen. In der Folge ermittelte die Staatsanwaltschaft. Harald Rölleke, Geschäftsführer der GWG, versicherte auf der Veranstaltung der GRÜNEN, dass innerhalb der GWG Konsequenzen aus dem Skandal gezogen worden sind: seit 1999 ist ein vollständig neues Unternehmenskonzept umgesetzt und ausgeklügelte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden.

Doch CDU und FDP planen nun, Teile der GWG oder, wie mittlerweile öffentlich wurde, die gesamte GWG zu verkaufen, um städtische Schulden zu tilgen.

Allerdings hatte der Rat der Stadt auf Antrag derselben konservativen Mehrheit vereinbart, ein Gutachten bei der Unternehmensberatung Pricewaterhouse Cooper in Auftrag zu geben, um die Veräußerbarkeit aller städtischen Töchter prüfen zu lassen. Dieses 400.000 DM teure Gutachten soll Mitte Juni vorliegen und die Grundlage für die Diskussion über die Solidität der städtischen Töchter in der Ratssitzung am 02. Juli sein. Doch die CDU will das Gutachten plötzlich nicht mehr abwarten, sie hat sich schon jetzt entschlossen, die GWG auf jeden Fall zu verkaufen.

Aber es gibt Gegenwind! Die ver.di Kampagne "Der Eigentümer bist Du" will bis Ende Juni 60.000 Unterschriften von WuppertalerInnen sammeln, die sich gegen Verkäufe von städtischen Töchtern einsetzen. Ziel ist es zu demonstrieren, dass durch ein Bürgerbegehren Beschlüsse der konservativen Ratsmehrheit von den WuppertalerInnen korrigiert werden können. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt diese Aktion ausdrücklich. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Blick nach Düsseldorf. Dort haben die BürgerInnen im Mai den Verkauf ihrer Stadtwerke per Bürgerentscheid verhindert.

So kamen auch alle PodiumsteilnehmerInnen einmütig zu dem Ergebnis, dass die GWG keinesfalls veräußert werden darf. Im Falle eines Verkaufes würde sich der gesamte Wuppertaler Wohnungsmarkt verändern. Insgesamt würden 10.000 Wohnungen dem Mietwohnungsmarkt entzogen. Negative Folgen würden vor allem für finanzschwache WuppertalerInnen und MigrantInnen zu verzeichnen sein. Daher muss der Wohnungsbestand der GWG erhalten werden, um den WuppertalerInnen bezahlbaren Mietwohnraum bieten zu können.

Allerdings verkauft die GWG Teile ihres Wohnungsbestandes selbst, um dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen von Altbauten vornehmen zu können. So wurden bis Ende 2000 300 Wohnungen veräußert. Es zeichnet sich ab, dass die GWG bei weiterem Abschmelzen ihres Bestandes über wenig interessante und veräußerbare Objekte verfügt, schon jetzt wird die GWG ausgehöhlt. Die momentane angespannte wirtschaftliche Situation der GWG zeigt, dass bei einem Verkauf kein hoher Gewinn für den städtischen Haushalt zu erwarten ist.

Für die MieterInnen und Mieter ergeben sich große Unsicherheiten. Aus Angst zogen schon Mietparteien, die seit 30 Jahren in den Wohnungen lebten, aus. Die Beratung der MieterInnen durch die GWG über ein Vorkaufsrecht

ließ zu wünschen übrig. Bei den schon verkauften Objekten hatten die MieterInnen kaum Chancen, den Wohnraum selbst zu erwerben. Hier lässt es die GWG an Fingerspitzengefühl mangeln. Peter Vorsteher, Fraktionssprecher der GRÜNEN, brachte auch die Verschleuderung städtischer Gelder durch die CDU und FDP zur Sprache. So wurden z.B. 800.000 DM in einen überflüssigen kommunalen Ordnungsdienst investiert, der nach einem halben Jahr ganze 4.000 DM in den städtischen

Haushalt durch Ordnungsstrafen etc. einbrachte. Andere Beispiele sind der Kasinokreisel (200.000 DM), die Busabbiegespur am Wall oder das oben erwähnte Gutachten zur Privatisierung der Töchter (400.000 DM). Die konservative Mehrheit hätte also bereits vielfältig Gelegenheit gehabt, den städtischen Haushalt vor unsinnigen Ausgaben zu bewahren; den Verkauf der städtischen Töchter zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen, ist sicherlich der falsche Weg.

Summer in the City

– und endlich gibt es Anlaufpunkte für Kinder und ihre Eltern in der Elberfelder Innenstadt: die Spielstationen. Schön sind sie wirklich – viele hatten sie für Kunstwerke gehalten – aber sie sind nicht nur zum Anschauen, sondern zum Anfassen und Spielen.

Ganze vier Jahre hat es gedauert von der Idee, entstanden auf Spaziergängen der damaligen GRÜNEN Bürgermeisterin Wohler mit Kindern, bis zu der Aufstellung. Viele hatten Bedenken – nicht nur Bürokratenseelen im Rathaus, auch

Geld wollte die Stadt nicht herausrücken. Deshalb mussten viele kreative und auch größere Ideen für die Spielstationen fallen gelassen werden. Aber da gibt es noch eine Bezirksvertretung mit Herz für Kinder. Mit rot-GRÜNER Mehrheit finanzierte die BV Elberfeld die Spielstationen. Leider gab es auch vom Einzelhandel keinen Pfennig dazu – obwohl doch die Stationen einen Einkaufsbummel für Familien viel attraktiver machen. Aber was nicht ist – kann ja noch werden: wunderschöne Ideen gibt es noch genug.

Gastbeitrag: Das Jahrhundert der Umwelt

von Peter Henricke (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie - die Denkwerkstatt)

Vor 10 Jahren nahm das Wuppertal Institut seine Arbeit auf. Absehbar war damals die wachsende Bedeutung des Klimaschutzes, was den damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau veranlasste, ein ökologisch ausgerichtetes Institut dem Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen (WZN) hinzuzugesellen.

Inzwischen hat das Wuppertal Institut zur Bekanntheit von Wuppertal weltweit beigetragen. Die Liste der Projektpartner reicht weit über die Landesgrenzen hinaus. Wissenschaftler des Instituts beraten die japanische, die chinesische und viele europäische

Regierungen, sind beim Global Environmental Facility Fund der Weltbank (GEF) und in Entwicklungsländern (z.B. Lateinamerika, Südostasien, Naher Osten) tätig. Sie sind aber auch in zunehmendem Maße für deutschen Enquete-Kommissionen und für die Regierungen in Brüssel, Berlin und Düsseldorf aktiv.

Das Wuppertal Institut hat eine Vielzahl von Aktivitäten auf den Weg gebracht: In hunderten von Vorträgen und Kongressbeiträgen, mit beispielgebenden Projekten und Gremienarbeit (wie zur Zeit in der Energie-Enquetekommission des Bundestages) und im Austausch mit WissenschaftlerInnen und Forschungsinstituten in aller Welt. Etwa ein Drittel der Aktivitäten wird in NRW abgewickelt und kommt der Landespolitik und den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugute.

Ausgetrickst

■ Bürgerbegehren in Vohwinkel gestoppt

2600 VohwinklerInnen haben das Bürgerbegehren der BI "Rettet Vohwinkel" zum Lienhardplatz unterschrieben. Damit war die nötige Stimmzahl weit übertroffen. Um den nun folgenden Bürgerentscheid auszuhebeln, wurde die Sache jetzt zur gesamtstädtischen Angelegenheit erklärt.

In der Sitzung der BV Vohwinkel wurde allzu deutlich, was die CDU von engagierter Interessenvertretung der Vohwinkler hält. Die BI sei schuld, das der Lienhardplatz so hässlich wird, wie von der CDU/FDP-Mehrheit beschlossen, meinte die CDU. Weil die so kompromisslos waren. Kein Wort davon, dass die BI vor Einleitung des Bürgerbegehrens Gespräche mit allen Fraktionen, dem Investor, den Stadtplanern geführt hat. Dass Alternativvorschläge gemacht wurden und der Investor gegenüber der BI erklärt hatte, er würde eine Tiefgarage nur deshalb nicht bauen, weil er die Landesmittel zusätzlich zurückzahlen müsse. Die BI fand heraus, dass dies nicht stimmt, aber plötzlich spielte das auch keine Rolle mehr. Die VohwinklerInnen wurden hingehalten, hinter Licht geführt und die Verwaltung versuchte, über schnell unterzeichne-

te Verträge vollendete Tatsachen zu schaffen. So blieb nur das Bürgerbegehren. Wenn sich die Mehrheitsfraktion dann noch erdreistet, den 2600 Menschen, die mit ihrer Unterschrift unter das Begehren die Ablehnung der Verschandelung ihres Zentrums dokumentiert haben, die Schuld genau dafür zuzuschreiben ("wenn Sie nicht so kompromisslos gewesen wären, hätten wir ja noch über die Details verhandeln können"), zeigt das Armseligkeit und mangelnde Kritikfähigkeit von CDU und FDP.

Jetzt wird also ein Parkplatz auf dem einzigen zentralen Vohwinkler Platz eingerichtet. Der Traum eines belebten Zentrums des Stadtteils ist vorbei. Das dieser Platz im Bebauungsplan als Stadtplatz ausgewiesen ist, interessiert dabei nicht.

Mit Erstaunen haben wir nun zur Kenntnis genommen, wie der Platz am Kolk (vor der Elberfelder Hauptpost) im Zusammenhang mit der ECE-Baumaßnahme jetzt attraktiver gestaltet werden soll. Hier soll ein Stadtplatz entstehen. In Elberfeld bedeutet das allerdings das Gegenteil der Entwicklung in Vohwinkel. Die Parkplätze sollen weg!

Traurig, dass CDU und FDP keine eigene Meinung haben, sondern nur den Vorstellungen einzelner Investoren hinterher rennen.

Wasser oder Weltraum in der Schwimmoper?

■ Fortschreibung der Bäderzielplanung

Durch die Ergebnisse der europaweiten Ausschreibung zur Sanierung der Schwimmoper kommt Bewegung in die Schwimmlandschaft Wuppertals.

Wird die Schwimmoper Standort eines Weltraumzentrums, wie es sich eine Architektengruppe aus Köln vorstellen könnte, oder durch den Einbau eines Hubbodens, ein kombiniertes Schwimmbad an 4 Tagen in der Woche "normales Schwimmen" und am Wochenende dann Events, wie es sich eine Architektengruppe aus der Schweiz vorstellen könnte? Oder bleibt alles wie es ist, und die Schwimmoper wird auf städtische Kosten saniert, wie es durch das Bürgerbegehren zum Schwimmleistungszentrum von den Initiatoren um Heinz Hoffmann begehrt wurde?

Fakt ist, dass es die CDU darauf anlegt, schon in der Ratssitzung am 2.07. 2001 eine Richtungsentscheidung durchzusetzen. Wie die Auswirkungen einer Schließung der Schwimmoper im Bereich des Schul- und Vereinssportes zu bewerten sind, ist Ziel einer Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion für die Sitzung des Sportausschuss am 7.06.01.

Die GRÜNE Ratsfraktion fordert eine Fortschreibung der Bäderzielplanung mit allen am Schwimmsport Beteiligten in einem offenen Prozess, um eine sichere Grundlage für die im Herbst stattfindenden Haushaltsberatungen zu haben.

Um den Dialog mit den im Schwimmsport beteiligten Vereinen und den VertreterInnen des Schulsportes voranzutreiben, führte die GRÜNE Ratsfraktion eine Podiumsdiskussion am 12.06.01 in der Gesamtschule Barmen durch.

Bürgerinnen und Bürgern. Die Unterstützung von Unternehmen aus der Stadt hat es uns ermöglicht, den Wuppertaler Energie- und Umweltpreis zu schaffen. Nach zehn Jahren ist das Wuppertal Institut noch immer eine quirlige und innovative Denkwerkstatt. (Weit mehr junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als wir aufnehmen können, möchten mitarbeiten). Das Querdenken gehört dabei zum Alltag; wir bleiben parteiisch für die Umwelt, aber wir sind im Rahmen unserer wissenschaftlichen Politikberatung strikt parteipolitisch unabhängig. In diesem Sinne steht das Wuppertal Institut in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus mitten in der Gesellschaft, beim Aufbruch in das Jahrhundert der Umwelt.

Prof. Dr. Peter Henricke ist amtierender Präsident des Wuppertal Instituts

Multikulti lebt auf

■ Alte Feuerwache Gathe wiedereröffnet

Der "deutschen Leitkultur" wurde durch die Wiedereröffnung der "Alten Feuerwache" ein Schnippchen geschlagen

Trotz erheblicher Widerstände seitens der konservativen Mehrheit konnte das Begegnungszentrum an der Gathe am 04.05.2001 eingeweiht werden. Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hält dies für eine beispielhafte

Zeichensetzung für Integration und gelebte Toleranz in Wuppertal und NRW und wird sich daher wie bisher für den Erhalt und die Weiterentwicklung ähnlicher Projekte einsetzen. Dort haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zu spielen und nach der Schule ihre Hausaufgaben unter fachkundiger Betreuung zu machen. In den neu renovierten Veranstaltungsräumen werden auch in Zukunft kulturelle Höhepunkte stattfinden.

Schade ist nur, dass es bei einem Investitionsvolumen von 8 Mio. DM den ausführenden Architekten nicht gelungen ist, auch Menschen mit Behinderungen eine optimale Nutzung zu ermöglichen. So ist die Behindertentoilette leider nicht behindertengerecht und die Tür des Aufzugs zu schmal. Die hoch bezahlten Experten hätten jemanden fragen sollen, der sich in der Architektur für Menschen mit Behinderungen auskennt.

Ratschronik vom 2.4.2001

Suche nach Einsparvorschlägen

Die GRÜNE Fraktion stellte die Anfrage, welche Einsparungen sich ergeben würden, wenn die städtischen Gremien erst ab 17:00 oder 18:00 Uhr tagen würden, um den Verdienstausschlag der Mitglieder zu mindern, in der Hoffnung, hier eine finanzielle Entlastung für die Stadt zu ermöglichen. Das Ergebnis war nicht befriedigend: im ganzen Jahr 2000 waren es nur insgesamt 6.300 DM. Den Versuch war es immerhin wert.

Keine Nutzung der Kleinen Höhe als Gewerbegebiet

Der Antrag der GRÜNEN war leider nicht von Erfolg gekrönt: die Fraktionen CDU, SPD und FDP wollten sich nicht mit unserem Antrag befassen mit der durchsichtigen Begründung, dass die ökologischen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Für die GRÜNE Fraktion ein klarer Fall: durch dieses Manöver mussten sich die anderen Fraktionen nicht mit dem für sie unliebsamen Thema auseinandersetzen.

Luisenstraße in der Verantwortung der Bezirksvertretung Elberfeld belassen

Die GRÜNE Fraktion konnte sich leider nicht mit ihrem Antrag durchsetzen, dass die Verantwortung für die Luisenstraße, insbesondere auch für die Straßeneinmündung in die Briller Straße, in der Entscheidungsbefugnis der BV liegt. Erst im Verkehrsausschuss und danach im Rat wurde mit der Mehrheit von CDU und FDP beschlossen, die Luisenstraße dem Hauptverkehrswegegesetz zuzuordnen. Ein unserer Ansicht nach rechtlich nicht zulässiger Schachzug, der die Bezirksvertretung schachmatt setzen soll. Die Auffassung der GRÜNEN Fraktion wird vom Rechtsamt unterstützt: die konservative Mehrheit kann nicht einfach Straßen in den Verantwortungsbereich der Stadt ziehen, um unliebsame Entscheidungen der BV zu "korrigieren". Der Antrag der CDU auf Nichtbefassung wurde leider von der FDP, aber auch von der SPD unterstützt. Begründung: Man wolle nicht in ein laufendes Ver-

fahren eingreifen. Da CDU und FDP scheinbar kein Vertrauen in das städtische Rechtsamt setzen, wurde ein externes Gutachten angefordert. Das Ergebnis liegt nun vor: Im Grundsatz wird die GRÜNE Auffassung dort bestätigt.

GRÜNER Erfolg: einstimmige Resolution zur Eingetragenen Partnerschaft

Der Antrag der GRÜNEN, die Standesämter für schwule und lesbische Paare im Sinne der "Eingetragenen Partnerschaft" schnell in die Tat umzusetzen, wurde einstimmig im Rat beschlossen. Einzige die CDU hatte sich der Stimme enthalten. Im Hauptausschuss hatte die CDU noch den Antrag auf Nichtbefassung gestellt; dieser erhielt jedoch nicht die Mehrheit. Damit setzt sich der Rat gegenüber der Landesregierung aktiv dafür ein, dass zügig in den Ausführungsbestimmungen festgelegt werden soll, dass die Partnerschaft nicht in irgendeinem Katasteramt (wie von einigen erzkonservativ geführten Kommunen geplant), sondern im Standesamt feierlich begangen werden soll.

GRÜNER Antrag gegen Bestandsverkäufe der GWG

Die Verwaltung schlägt vor, aus den Beständen der GWG Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser zu verkaufen, da es einen Instandhaltungstau gibt und die Ausstattung der zu veräußernden Immobilien sehr schlecht ist. Das heißt, dass eine Renovierung für die Stadt nicht rentierlich ist. Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass es keinen Ausverkauf der städtischen Wohnungen geben soll. Und wenn doch, dass der Mietbestandschutz auch materiell gesichert werden muss. Das sollte nach Ansicht der GRÜNEN z.B. durch grundbuchliche Eintragungen, die Kündigungen wegen Eigenbedarfs durch einen Bewerber ebenso ausschließen wie Kündigungen wegen wirtschaftlicher Wertbarkeit, festgelegt werden. Durch verschiedene Manöver wurde der Antrag nicht zur Abstimmung gestellt: Im Aufsichtsrat sei schon beschlossen worden, dem MieterInnenschutz höchste Priorität zu geben, der GRÜNE An-

trag sei also überflüssig. Wir werden ja sehen...

Neustrukturierung der Wuppertal GmbH

Nach Ansicht der GRÜNEN war schon die Gründung der Wuppertal GmbH ein Fehler, da Wirtschaftspolitik eng an die städtische Verwaltung angegliedert sein sollte. Nun hat die Gesellschaft massive finanzielle Probleme, da in den letzten Jahren viele Liegenschaften angekauft wurden, die nicht adäquat veräußert werden konnten. Das heißt, dass der Schwerpunkt sich immer mehr auf die Immobiliensparte verlagert hat. Sehr frühzeitig hatte das damalige GRÜNE Mitglied im Aufsichtsrat vor riskanten Manövern gewarnt. Zu Recht: Die Verluste im letzten Jahr summierten sich auf 1,8 Mio. DM, für 2001 werden sogar 2,9 Mio. DM erwartet.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Wuppertal GmbH deshalb noch einmal aufzusplitten und den Immobilienbereich in eine eigene Gesellschaft abzuspalten, ist für die GRÜNE Fraktion nicht nachvollziehbar, da sich die grundlegenden Probleme nur auf eine neue Gesellschaft verlagern, aber keinesfalls gelöst würden. Keine der anderen Fraktionen schloss sich der GRÜNEN Kritik an, sie stimmten der weiteren Aufspaltung der Wuppertal GmbH zu.

Entwicklungskonzept für eine zivile Nutzung des Bundeswehrgeländes in Wuppertal

Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass der Oberbürgermeister zügig in Verhandlungen mit der Bundesregierung treten soll mit dem Ziel, das Bundeswehrgelände zu möglichst günstigen Konditionen zu erwerben. Das Entwicklungskonzept soll ein Nutzungsmix aus Wohnen, Gewerbe, Freizeit und Naturschutz integrieren. Der Scharpenacken soll als Gebiet für Natur- und Freiraum für die Naherholung der WuppertalerInnen gesichert werden. Nach intensiver Debatte im Rat wurde das Thema zur weiteren Vorberatung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Alte Feuerwache zu neuem Leben erweckt

Aufruf gegen Flächenfraß

■ Widerstand auf der Luhsfelder Höhe

Am 18. Mai versammelten sich auf Einladung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz 300 WuppertalerInnen zur BürgerInnenversammlung auf der Luhsfelder Höhe, um einhellig für den Erhalt von Natur und Landschaft in unserer Stadt einzutreten.

Die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW, Sylvia Löhrmann (leider wegen anderweitiger Termine verhindert) schloss sich über ein Grußwort dem "Wuppertaler Aufruf – Gegen den Verbrauch von Landschaft" an, der beinhaltet, gerade auch in großen Städten Natur und Landschaft zu achten und zu erhalten. Dies bezeichnete sie als "ein großes, Generationen übergreifendes Anliegen".

Thomas Rommelpacher, Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion für Stadt-

entwicklung, Bauen und Wohnen, hat sich schon mehrfach selbst ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Seit es zum Konflikt um die Erhaltung der Luhsfelder Höhe kam, stehen die GRÜNEN auf der Seite der BürgerInnen und der Initiativen, die die Luhsfelder Höhe in ihrer jetzigen Form erhalten wollen und Widerstand gegen die Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern leisten. Der auch in Wuppertal von der Mehrheit der Politik zu verantwortende ständige Verlust von Natur und Landschaft stößt auf energischen Widerstand gerade der GRÜNEN. Den Wuppertaler Aufruf unterstützen die GRÜNE Fraktion und der Kreisverband einstimmig. Die GRÜNEN stellen in der Ratssitzung am 02. Juli den Antrag, dass sich der Rat dem Wuppertaler Aufruf anschließen soll. Dann werden die anderen Fraktionen Farbe bekennen müssen, ob sie weiterhin für den Flächenfraß verantwortlich sein wollen oder zusammen mit den GRÜNEN für den Schutz der Landschaft eintreten wollen.

Glück für Wuppertal

■ GRÜNER Minister setzt auf Pina Bausch

Nach seiner Ernennung zum ersten GRÜNEN Kulturminister für NRW nutzte Dr. Michael Vesper die nächste Gelegenheit, Pina Bausch zu treffen.

Gemeinsam mit Petra Lückerrath, unserer Wuppertaler Kulturexpertin, reiste er nach Hannover, wo das Tanztheater im Rahmen der Expo "Palermo, Palermo" aufführte. Dort wurden dann auch erste Gespräche über die zukünftige Leitung des Internationalen Tanzfestivals NRW geführt. Minister Dr. Vesper machte deutlich, dass Pina Bausch für ihn die erste Wahl in dieser Frage sei. Inzwischen hat Pina Bausch zu unserer großen Freude zugesagt. Das Internationale Tanzfestival NRW existiert seit 1984 und ist das größte in der Bundesrepublik Deutschland. Es findet alle zwei Jahre statt und ist ein Kooperationsprojekt des Landes mit den jeweils beteiligten Städten. Partner des nächsten Festivals in 2003 sind neben Wuppertal und dem Land NRW die Städte Düsseldorf und Essen. Neben Aufführungen von hoher Qualität und Attraktivität ist eine Festivalatmosphäre wichtig, die die ganze Stadt erfasst und das Publikum vielfältig einbezieht. Wir sind sehr froh, dass Pina Bausch, die weltweit renommierte Choreographin und Leiterin des Tanztheaters Wuppertal, nun auch die Leitung des Internationalen Tanzfestivals übernimmt. Sie wird das Festival mit ihren Kenntnissen und weltweiten Kontakten

auf einzigartige Weise prägen. Nicht nur im Sinne des Stadtmarketings hoffen wir, dass alle Verantwortlichen über Parteigrenzen hinweg gemeinsam zum guten Gelingen beitragen. Wir können uns in Wuppertal auf ein ganz außerordentliches Kulturereignis freuen.